

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

X. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 9. Juni 1891.

N^o 43.

In den wirthschaftlichen Erörterungen.

Bei der Statsdebatte im Herbst 1889 sagte der freisinnige Abgeordnete Richter: „Wirthschaftliche Erscheinungen lassen sich nie nach mathematischen Formeln berechnen; denn sie sind das Product verschiedener gegen einander wirkender Kräfte.“ Dieser unzweifelhaften Wahrheit sollten sich diejenigen erinnern, die jetzt unfehlbar behaupten, daß die gegenwärtigen hohen Getreidepreise eine Folge der Zölle seien und daß mithin nur eine Suspension der Zölle die im Interesse der Konsumenten nothwendige Abhilfe schaffen könne. Man hätte vielleicht erwarten können, daß in den acht „Protestversammlungen“, die die socialdemokratische Partei am Freitag in Berlin abhielt, eine aufregende Schilderung der Nothlage der kleinen Leute in der Großstadt, wengleich eine solche in Wahrheit bei dem im Allgemeinen guten Verdienst der Arbeiter nicht besteht, gegeben werden würde. Allein alle Redner suchten ihre Force in statistischen „Beweisen“. Man führte eine Menge Zahlen über die Bewegung der Preise, über das Schwanken im Gewicht des Brotes, über die Einnahmen aus den Getreidezöllen u. vor; aber beweisen läßt sich auf diesem Wege für die abgethane Frage der Suspension der Getreidezölle wenig oder gar nichts.

Gewöhnlich werden die Getreidepreise aus der Zeit von 1885—1888 zum Vergleich herangezogen. Aber in diesen Jahren standen sie so ungewöhnlich niedrig, daß die landwirthschaftliche Production, von der die Hälfte der Bevölkerung lebt, nicht mehr lohnend war und deshalb die Regierung auf einen erhöhten Zollschutz Bedacht nahm. Wer aber ehrlich in der Statistik verfahren will, hat auch zu berücksichtigen, daß die Jahresdurchschnittspreise für Weizen und Roggen bei dem geringfügigen Zollsatz von 10 Mark in den Jahren 1880 und 1881 mit 217, 219 und (für Roggen) 187, 195 Mark pro Tonne beinahe ebenso hoch waren als die Maipreise 1891. Wäre irgend welche Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die jetzigen ungewöhnlich hohen Preise sich auf die Dauer hielten, so wäre auch jeder Zollschutz überflüssig.

Giebt es nun auch zur Berechnung der Wirkung, die eine Suspension gehabt hätte, keine mathematische Formel, so war es doch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß eine solche Maßregel den Weltmarktpreis um den Betrag der Zollermäßigung oder um einen Theil desselben in die Höhe getrieben hätte und daß der Konsument deshalb noch nicht in den Genuß von billigem Brot, dessen Preise den Getreidepreisen ohnedies nur langsam zu folgen pflegen, gekommen wäre. Inzwischen war die diesjährige Ernte eingeehmt, deren Ausfall in den Hauptproductionsgebieten in erster Linie den künftigen Preis bestimmen wird.

Die Regierung war um so mehr berechtigt, die von Gegnern der Getreidezölle schlechtweg verlangte Suspension endgiltig abzulehnen, als über einen der bei dem gegenwärtigen hohen Preisstand mitwirkenden Factoren unter den Sachverständigen kein Zweifel zu bestehen scheint. Wir meinen die künstliche Fernhaltung von Getreide von dem deutschen Markte durch Handels speculationen. Zum Beweise diene folgender Bericht des größten Handelshauses in Getreide am Amsterdamer Markte, L. Hovack & Co.: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn nicht von gewisser Seite die Zollermäßigung stets wieder als nothwendige und bevorstehende Maßregel in Aussicht gestellt worden wäre, der Handel die nöthigen Importe nicht unterlassen hätte und die gegen alle Vernunft, im Widerspruch mit der Gesamtlage, gemachten Blankoverkäufe auf Termin nicht geschehen wären. Die Konsequenzen werden jetzt mit Unrecht der Zollpolitik der Regierung zur Last gelegt. In den zollfreien Ländern ist die Ueberfättigung und der Preisdruck auf natürlichem Wege gekommen, bei unsern Nachbarn soll die Regierung nun gut machen, was zum größten Theil der Handel selbst verschuldet hat. Und was nun schließlich das angeblich hohe

Preisniveau betrifft, so sollte man doch mal an frühere Konjunkturen zurückdenken und nicht vergessen, daß der miserable Werthstand der letzten Jahre als traurige Ausnahme, nicht als wünschenswerthe Norm betrachtet werden müßte.“

Im Lichte dieses, noch vor der Rede des Reichskanzlers am 1. Juni abgegebenen Urtheils besehen, erscheint die klare Ablehnung der Suspension der Zölle gerade als das richtige Mittel, um dem Handel in Getreide durch Ausscheidung von Furcht und Hoffnung auf zollpolitische Einflüsse wieder Stetigkeit zu verleihen und die Getreidemengen, die nach zuverlässigen Berichten an den Grenzen auf die Entscheidung harrten, in Bewegung zu setzen.

Parlamentschau.

Das Abgeordnetenhaus ist mit der Aufarbeitung des rückständigen Materials in der letzten Woche eifrig beschäftigt gewesen, so daß wenn etwa Ende nächster Woche der Schluß der Session eintreten wird, die parlamentarische Ernte im Ganzen eine überreiche sein wird. Zunächst wurde das Sperrgelder Gesetz, über welches im vergangenen Jahre eine Einigung nicht erzielt werden konnte, zwar nicht nach den Vorschlägen der Regierung, so doch in Uebereinstimmung mit ihr erledigt: die den katholischen Geistlichen in der Kulturkampfzeit entzogenen Gelder werden in der Summe von 16 Millionen Mark der katholischen Kirche und zwar den Diöcesen mit der Bestimmung überwiesen, daß diejenigen Institute und Personen, welche Einbuße an ihren Einkünften durch die Sperre erlitten haben, zu entschädigen sind; für eine ordnungsgemäße Verwendung sind diejenigen Sautelen, welche das Interesse des Staates erfordert, eingeführt. Der Reichskanzler erklärte, daß die Regierung, um den Frieden mit der katholischen Kirche zu fördern, den Entwurf in der von der Commission vorgeschlagenen Form annehmen werde; eine gleiche Erklärung wurde von dem Centrum abgegeben; auch die übrigen Parteien stimmten zu, nur die Nationalliberalen und ein Theil der Freiconservativen glaubten sich von dem Gesetz in der bezeichneten Richtung keine gute Wirkung versprechen zu können und stimmten deshalb dagegen.

Erledigt wurde ferner die Sekundärbahnvorlage bei deren dritter Berathung es zu warmen Rundgebungen der Anerkennung und des Dankes für den demnächst aus seinem Amt scheidenden Minister von Maybach kam. Ein aus dem Hause eingebrachter Antrag wegen des Verbots des Privathandels mit Staatslotterielosen, der mit Geldstrafe belegt werden soll, wurde angenommen, nachdem der Finanzminister sich im Ganzen zustimmend geäußert, ohne der noch ausstehenden Entscheidung der Staatsregierung vorzugreifen. Ein sich daran knüpfender Vorschlag der Commission, die Zahl der Lotterielose zu vermehren, wurde zu weiterer Prüfung der Budgetcommission überwiesen und ein Vorschlag auf Regelung des Lotteriewesens durch das Reich angenommen. Ferner wurde in einem Antrag zur Bekämpfung der Ueberschwemmungsgefahr die Erhöhung der dem landwirthschaftlichen Ministerium zugewiesenen Fonds für Waldkulturen befürwortet, nachdem der landwirthschaftliche Minister die Nothwendigkeit erhöhter finanzieller Mittel für diesen Zweck betont hatte. Ferner wurde das bereits im Herrenhause berathene Gesetz über die außerordentliche Armenlast, welches den Landarmenverbänden die Kur und Pflege Geisteskranker, Idioten, Blinder u. s. w. zuweist, mit einigen Aenderungen genehmigt.

Von allgemeinerem Interesse war die Berathung des Gesetzes zur Beförderung der Errichtung von Rentengütern durch die Maßnahme, daß durch Vermittelung der staatlichen Rentebanken die Renten, soweit sie ablösbar sind, abgelöst werden

können; es soll dadurch die Seßhaftmachung der ländlichen Arbeiter erleichtert werden. Es wurde hierbei einerseits der Versuch unternommen, nachträglich die Unablösbarkeit, welche nach dem vorjährigen Gesetz vertragmäßig verabredet werden kann, wieder auszuschließen, und andererseits die Möglichkeit zu schaffen, auch nur für Häuser und Wohnungen Rentenablösbarkeit einzuführen. Der Finanzminister trat indes diesen Versuchen mit Erfolg und mit dem Hinweis entgegen, daß das vorjährige Gesetz jetzt nicht geändert werden könne; zugleich führte er aus, daß die vorgeschlagene Rentenablösung die Grundbesitzer zur Errichtung von ablösbaren Rentengütern geneigter machen werde. Nachdem dann noch die für die Sicherung der Rentenbanken erforderlichen Bestimmungen, abweichend von der ursprünglichen Vorlage, geregelt waren, wurde das Gesetz, gegen welches allein von freisinniger Seite, angeblich weil es die Abhängigkeit der Rentenverpflichteten befördere, Widerspruch erhoben war, angenommen.

Zum Schluß ist noch zu erwähnen, daß mehrere neue und kleinere Vorlagen, so der Vertrag wegen Herstellung einer neuen Fahrbahn in der Außenweiser, die Wegeordnung für die Provinz Sachsen, sowie die Gesetze, betreffend Eintragungen in die Höfe-rolle und Landgüterrolle auf Ersuchen der Generalcommission, betreffend die Heranziehung der Fabriken mit Vorausleistung für den Wegebau in den Provinzen Brandenburg, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz, und betreffend die Pensionirung der Gemeindebeamten in den Landgemeinden der Rheinprovinz ohne erhebliche Debatten genehmigt wurden.

Der Schwerpunkt der parlamentarischen Thätigkeit wird vom Freitag (12. Juni) ab im Herrenhause liegen, wo vor allem der Etat und die im Abgeordnetenhause wieder abgeänderte Landgemeindeordnung des endgültigen Abschlusses harren.

Politische Tagesfragen.

Unser Kaiser

empfang am Sonnabend Abend im Neuen Palais bei Potsdam den Major v. Wißmann und den Afrikareisenden Oskar Borchert und zog alsdann die Herren zur Abendtafel. In einem Antwortschreiben an den Erbgroßherzog von Oldenburg hat der Kaiser, wie die Blätter berichten, sein Ausbleiben von der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Bremen um so mehr bedauert, als er „unausgesetzt der Landwirtschaft seine fürsorgliche Theilnahme zuwendet und im Verein mit seiner Staatsregierung bemüht sei, die auf die Besserung der landwirthschaftlichen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen nach Kräften zu fördern.“

Ueber den Stand der Verhandlungen über den Handelsvertrag mit der Schweiz

schreibt das Wiener „Fremdenblatt“: Die Verhandlungen mit der Schweiz, denen im Laufe der Woche täglich Sitzungen gewidmet waren, sind in allerletzter Zeit insofern schwieriger geworden, als die schweizer Unterhändler, vielleicht beeinflusst durch die in ihrem Lande noch nicht vollständig geklärte handelspolitische Stimmung, in ihren Anforderungen rigorosere werden und die ihnen von vornherein mit aller Loyalität angebotenen Konzessionen unserer Unterhändler für nicht ausreichend erachten, überdies aber auch in der Gewährung von Konzessionen ihrerseits zurückhaltend geworden sind. Wiewohl diese Situation nicht darnach angethan scheint, den Gang der Verhandlungen zu fördern, so wird doch nicht einen Augenblick an einem günstigen Endresultat gezweifelt.

In den Handelskammerberichten für 1890,

soweit sie bis jetzt erschienen sind, wird vielfach lebhaftere Befriedigung der Handels- und Gewerbetreibenden über die Absicht der Regierung ausgesprochen, den Handelsverkehr mit benachbarten Staaten zu erleichtern und auf sichere stetige Grundlagen mittelst Verträge zu stellen. So heißt es in dem soeben erschienenen Bromberger Bericht: Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Handelsverträge eine der besten und sichersten Grundlagen für den vortheilhaften und ungestörten Güteraus-tausch der betheiligten Völker bilden, begrüßen wir freudig den Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn und die schwebenden Verhandlungen zum Abschluß neuer Verträge mit anderen Staaten.

Die Handelskammer hofft namentlich, daß sich von der neuen Sachlage beeinflusst auch Rußland zu Verkehrsvereinfachungen verstehen werde.

Getreidezuführen.

In der Rede vom 1. Juni wies der Reichskanzler auch darauf hin, daß es auf dem Weltmarkt nicht an Getreide fehle und erhebliche Zuführen für den deutschen Markt in Aussicht ständen. Unter den mancherlei Nachrichten, die inzwischen diese Ansicht des Reichskanzlers bestätigt haben, sei folgende aus der „Kottowitzer Zeitung“ mitgetheilt: „Bekanntlich lagen schon seit Langem, seitdem es hieß, die Regierung wolle eine Herabsetzung oder vielleicht gar eine zeitweise Aufhebung der Getreidezölle eintreten lassen, in Sosnowice (nicht an der deutsch-russischen Grenze) große Mengen Getreides, deren Einfuhr nach Deutschland von den definitiven Maßnahmen in der Frage der Zölle abhängig gemacht wurde. Diese Transitlager sollen von ganz enormem Umfange sein. Nach der den Zoll betreffenden Rede des Reichskanzlers scheint man jedoch zu der Ansicht gekommen zu sein, daß ein weiteres Warten auf eine baldige oder schnelle Aenderung der Zölle von wenig Nutzen ist. Während gerade in den letzten Wochen die Getreidezufuhr von Rußland eine mäßige, kaum nennenswerthe war, macht sich seit zwei Tagen auf der hiesigen Station (Kattowitz) ein größerer Getreideverkehr bemerkbar. Es kamen am Freitag 37 Waggon, mit verschiedenen Getreidesorten beladen, hier durch. Am Sonnabend langten 33 Waggon behufs Weiterbeförderung an. Die Transitlager scheinen ebenso, wie sie allmählich jenseits der Grenze angehäuft wurden, durch kleinere Transporte geräumt zu werden.“

Zum Ueberfall von Tcherkeskoi.

Nach einem Telegramm der Kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel von Montag Nachmittag sind sämtliche Gefangene der Stangen'schen Reisegeellschaft befreit und auf dem Wege nach Kirklisse. Nach einer vom deutschen Botschaftssekretär v. Eckardt an das hiesige Karl Stangen'sche Bureau gerichteten Depesche werden die Befreiten Dienstag in Adrianopel eintreffen. Das Lösegeld von 200 000 Francs hatte der Bahnbedienstete Freudinger, den die Räuber nach dem Ueberfall mit verschleppt hatten, mit 4 Begleitern überbracht. Einer weiteren Meldung zufolge befiehlt ein Erlaß des Großveziers, daß von jetzt ab mit jedem Orient-Expreßzug zwischen Konstantinopel und Adrianopel und zurück ein Waggon mit 14 Gendarmen und einem Offizier angehängt wird.

Der Küchenchef der englischen Botschaft in Konstantinopel, Franz Riak, welcher mit den fünf deutschen Mitgliedern der Stangen'schen Reisegeellschaft fünf Stunden von den Räubern gefangen gehalten und dann mit Herrn Israel aus der Gefangenschaft entlassen wurde, erzählte nach seiner Ankunft in Wien u. A.: „Die Gefangenen mußten in der Unglücksnacht 4 1/2 Stunden marschiren. Wir befanden uns anscheinend bereits hoch im Gebirge. Der dämmernde Tag gab uns auch über den weiten Marsch, den wir zurückgelegt hatten, einige Aufklärung. Während wir lagerten, hielt unsere Eskorte einen Kriegsrath. Diese Besprechung währte indes nicht lange, und bald wurde von dem Anführer der Bande Herr Freudinger beauftragt, uns aufzufordern, neuerdings eine Depesche an das deutsche Konsulat in Konstantinopel zu formuliren. Nachdem diese Depesche zu Papier gebracht worden war, wurde mein Name gerufen und ich aufgefordert, diese Depesche in Tcherkeskoi aufzugeben und dann das Geld zu bringen: „Wir haben“, so bemerkte der Bandenführer, „absichtlich die Telegraphenleitung nicht zerstört, damit diese Depesche rasch nach Konstantinopel gelangen könne.“ Hierauf trat Herr Israel vor und jagte: „Ich bin Bankier und habe persönlich viele Verbindungen mit Bankhäusern in Konstantinopel. Durch meine Vermittelung würde es sicher bald möglich sein, das geforderte Lösegeld aufzubringen.“ Die Räuber zogen sich auf diese Erklärung neuerdings zu einer Berathung zurück und erklärten sich dann einverstanden, daß Herr Israel mich begleiten dürfe. Der Bandenchef führte Herrn Israel und mich sodann nach einem Aussichtspunkt und bezeichnete einzelne Kuppen und Orientirungspunkte für unseren Rückmarsch. „Auf dieser Route werdet Ihr in drei Stunden den Bahnkörper erreichen und Euch dann leicht weiter zurechtfinden können“, hieß es. Wir waren mit Aufmerksamkeit dieser Erklärung gefolgt, und Herr Israel zog zur besseren Orientirung ein Probirglas gehaltenes Opernglas hervor. „Ah“, rief jetzt der Brigantenchef, „das können wir ja selbst sehr gut brauchen,“ und nahm das Opernglas sofort für sich in Beschlag. Bevor wir unseren Rückmarsch antraten, verabschiedeten wir uns noch in herzlichster Weise von den Leidensgenossen.“

Die vorläufigen Ergebnisse der letzten Volkszählung in Preußen, Oesterreich und Ungarn.

Fast gleichzeitig haben in Preußen, Oesterreich und Ungarn Volkszählungen stattgefunden, dort wie in früheren Jahren am 1. Dezember, während Oesterreich sowohl wie Ungarn am 31. Dezember festhielten, der auch schon im Jahre 1880 als Zähltag gegolten hatte.

Nach der Stat. Corr. betrug die Volkszahl gegen Ende 1880 in Preußen 27 279 111, in Oesterreich 22 144 244, in Ungarn 15 642 102, die Volkszahl gegen Ende 1890 in Preußen 29 957 302, in Oesterreich

23 835 261, in Ungarn 17 335 929, die Volkszunahme im Jahrzehnt in Preußen 2 678 291, in Oesterreich 1 691 017, in Ungarn 1 693 827, die zehnjährige Volkszunahme in Procent in Preußen 9,82, in Oesterreich 7,68, in Ungarn 10,82, die durchschnittliche jährliche Volkszunahme in Preußen 0,94, in Oesterreich 0,74, in Ungarn 1,03.

Am Stärksten hat danach die Bevölkerung Ungarns zugenommen, das im letzten Jahrzehnt zum gnten Theil die Noth der siebenziger Jahre überstanden hat; denn während seine Einwohnerzahl von 1869 bis 1880, also in 11 Jahren, von 15 417 000 nur auf 15 610 000 Seelen gelangt war, d. h. um kaum 1 1/4 pSt. wuchs, zeigt sie jetzt eine Vermehrung um 1 693 827 Seelen, d. h. 10,82 pSt. Zunahme. Das Land scheint sich demnach von den Folgen der großen Handelskrise, der Cholera, der Missernten und Ueberschwemmungen sowie der durchgreifenden volkswirtschaftlichen Neubildungen wieder erholt zu haben. Freilich steht Ungarn in Bezug auf die Dichtigkeit der Bevölkerung noch weit hinter Preußen und Oesterreich zurück. Während in Oesterreich 79,4 und in Preußen 86,0 Bewohner auf dem Quadratkilometer leben, weist Ungarn nur 53,8 Köpfe auf derselben Fläche auf.

In allen drei hier zur Vergleichung herangezogenen Ländern hat die Bevölkerung der Industriebezirke und namentlich der Städte besonders stark zugenommen. In Preußen haben sich die Einwohner der Stadtgemeinden in den letzten zehn Jahren um 2 075 625 Personen, d. i. um 21,37 pSt. ihres anfänglichen Bestandes, vermehrt. Die entsprechende Zahl beträgt für Oesterreich 14,26, für Ungarn 15,06 pSt.

An der Spitze stehen die Hauptstädte Berlin, Wien und Budapest. Es betrug

	in Berlin	in Groß-Wien	in Budapest
die ortsanwesende Bevölkerung 1880	1 122 330	1 111 379	359 821
desgl. 1890	1 579 244	1 355 255	493 638
zehnjährige Zunahme	456 914	243 876	133 817
in Procenten	40,71	21,90	37,19.

Die stärkste Vermehrung der Bevölkerung zeigt hiernach Berlin, dem sich das rasch aufblühende Budapest nahe anschließt. Für die Zukunft läßt sich erwarten, daß die Volkszunahme von Groß-Wien wegen des raschen Anwachsens der nunmehr mit der Stadt vereinigten Vororte beträchtlich stärker sein und die durchschnittliche Zunahme der österreichischen Städte bedeutend überschreiten wird.

Das österreichische Socialistengesetz.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Gesamtministeriums vom 8. d. Mts., durch welche die für die Gerichtsbezirke Wien, Korneuburg und Wiener Neustadt im Jahre 1884 getroffenen Ausnahmeverfügungen theilweise aufgehoben werden. Demnach treten die Bestimmungen über die Vornahme von Hausdurchsuchungen, die Beschlagnahme von Briefen, ferner betreffend die Vereine, Versammlungen, Druckschriften und Verhaftungen ohne richterlichen Befehl außer Wirksamkeit. Dagegen bleiben die auf Grund des Ausnahmegesetzes erfolgten Ausweisungen aufrecht, insofern nicht den Ausgewiesenen in jedem einzelnen Falle die Rückkehr bewilligt wird.

Gegen die Christenverfolgungen in China.

Einem Telegramm des „Standard“ aus Shanghai zufolge haben die Gesandten Frankreichs und der Vereinigten Staaten die Aufforderung an die chinesische Regierung gerichtet, den Vertretern ihrer Staaten einen wirksamen Schutz beizugeben. Die Gesandten hätten zugleich angekündigt, ein ablehnender Bescheid auf ihr Verlangen würde eine feindliche Aktion

des französischen Geschwaders und ein Bombardement Hankins zur Folge haben, wofür die chinesische Regierung sich nicht zur Genugthuung und Schadloshaltung herbeiließe.

Aus Haiti

vom 31. Mai in New-York eingelaufene Berichte geben von den dortigen Vorgängen folgende Darstellung: General Hippolyte ließ 80 Personen unter dem Verdachte der Theilnehmerschaft an einem revolutionären Complot verhaften. Es verbreitete sich das Gerücht, der Präsident beabsichtige eine Gatling-Mitrailleuse gegen das Gefängniß richten und die 80 Gefangenen tödten zu lassen. Die Freunde der letzteren begaben sich infolgedessen ins Gefängniß, um dieselben zu befreien. Der Versuch mißglückte. Hierauf begann ein Blutbad, dessen erstes Opfer ein angesehener Kaufmann, Namens Rigaud, war. Der Präsident ließ ihn ergreifen, auf den Kirchhof führen und dort erschießen. Ein 16 Jahre alter Neffe Rigaud's wurde ebenso erschossen. Die Massenhinrichtungen wurden fortgesetzt, obgleich kein Widerstand geleistet wurde.

Die Angestellten der Großen Omnibus-Gesellschaft in London

sind am Sonntag in einen Strike eingetreten. Ihre Hauptforderung ist eine tägliche 12stündige Arbeitszeit. Wie kürzlich in Paris bei dem dortigen Strike der Omnibuskutscher und Schaffner kam es auch in London zu gewaltthätigen Scenen. Die ausfahrenden Wagen wurden von Strikehenden aufgehalten, die Stränge durchschnitten und dergleichen mehr. Ein Omnibus wurde umgestürzt, wobei verschiedene Personen zu Schaden kamen. Die Socialistenführer Burns und Tom Mann haben sich eingemischt und feuern die Strikehenden zum Ausharren an. Burns wurde wegen Betheiligung an einer der Gewaltthaten auf kurze Zeit verhaftet. Der Gewerkschaftsrath in London unterstützt den Strike. In dessen geniet auch sonst die Forderung auf Ermäßigung der Arbeitszeit Sympathieen im Publikum. Nach einer Depesche vom 9. Juni haben die Ausständigen die Vergleichsvorschläge der Gesellschaftsdirection abgelehnt und Fortsetzung des Strikes beschlossen.

Personalien.

Der Regierungsrath von Schwichow zu Magdeburg ist an die königliche Regierung zu Gumbinnen versetzt worden.

Dem Regierungs-Assessor von Lucke zu Gumbinnen ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamtes im Kreise Hoyerwerda, Regierungs-Bezirk Liegnitz, übertragen worden.

Der Regierungsrath von Hauteville zu Cassel ist an das königliche Polizei-Präsidium zu Berlin versetzt worden.

Der Regierungs-Assessor Adolf von Bötticher ist der königlichen Regierung zu Magdeburg zur ausfühlsweisen Verwendung überwiesen worden.

Der neu ernannte Regierungs-Assessor von Krosigk ist der königlichen Regierung zu Magdeburg überwiesen worden.

Die Regierungs-Referendare Dr. jur. Freiherr von Oppenheim aus Oppeln, Dr. jur. von Harling aus Stettin, von Gostkowski aus Königsberg i. Pr., Graf von Merveldt aus Kassel und Springorum aus Köln haben am 6. d. Mts. die zweite Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst bestanden.